

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXI
Abgekürzt zitierte Europäische Richtlinien und sonstige Quellen des Europäischen Rechts betreffend . . . . .	XXV

<b>§ 1 Einleitung . . . . .</b>	<b>1</b>
I. Ausgangspunkt: Regelungsvorhaben der Europäischen Union und das Recht der Gesellschaftsgruppe in Europa . . . . .	1
II. Die Regelung von Gesellschaftsgruppen in Italien – Modell für die europäische Rechtsentwicklung? . . . . .	5
III. Ziel, Gegenstand und Gang der Untersuchung . . . . .	6
IV. Terminologie . . . . .	8

<b>1. Kapitel – Grundfragen . . . . .</b>	<b>11</b>
---	-----------

<b>§ 2 Rechtstatsächlicher Kontext . . . . .</b>	<b>11</b>
I. Unternehmenslandschaft in Italien . . . . .	11
1. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen . . . . .	11
2. Wirtschafts- und Finanzstruktur italienischer Unternehmen . . . . .	13
3. Unternehmensorganisationsformen . . . . .	15
4. Gruppen, Eigentümerstruktur und das Phänomen des Familienkapitalismus . . . . .	16
5. ‚Typische‘ Gruppenstrukturen in Italien . . . . .	19
II. Geschichtliche Entwicklung des Unternehmensrechts in Italien . . . . .	23
1. Die Ausgangslage nach der Vereinigung Italiens im 19. Jahrhundert . . . . .	23
2. Der Codice Civile von 1942 als Quelle des Kapitalgesellschaftsrechts . . . . .	24
3. Entwicklungen seit 1942 . . . . .	25
III. Das Reformprojekt: Die Debatte um die Einführung und der Weg der Gesetzgebung . . . . .	27
1. Das Mirone-Projekt und der Gegenentwurf . . . . .	28
2. Der Erlass des Ermächtigungsgesetzes n. 366/2001 . . . . .	29
3. Die Ausführungsverordnungen zur Reform . . . . .	29
4. Die Inhalte der Gesellschaftsrechtsreform betreffend Gesellschaftsgruppen im Überblick . . . . .	31
IV. Zusammenfassung § 2 . . . . .	31

<b>§ 3 Die Gesellschaftsgruppe als Regelungsgegenstand: Möglichkeiten einer rechtlichen Anknüpfung – Bildung eines Grundtatbestandes</b>	34
I. Einführung in die Begriffsvielfalt - Anknüpfungstatbestände im italienischen Recht	35
1. Art. 2359 cod. civ. als Grundtatbestand von Kontrolle	37
a. Interne Kontrolle auf rechtlicher Grundlage, Art. 2359 Abs. 1 Nr. 1 cod. civ.	38
b. Interne Kontrolle auf tatsächlicher Grundlage, Art. 2359 Abs. 1 Nr. 2 cod. civ.	39
c. Gemeinsame Elemente gesellschaftsintern vermittelter Kontrolle	40
aa. Maßgeblichkeit der Stimmrechtsmehrheit	40
bb. Einbeziehung mittelbarer Kontrolle	41
d. Zwischenfazit: Bedeutung des stimmrechtlich vermittelten Einflusses	41
e. Sonderfall: Kontrolle aufgrund besonderer vertraglicher Bindungen, Art. 2359 Abs. 1 Nr. 3 cod. civ.	42
aa. Inhalt der Regelung	42
bb. Einordnung in das Recht der Wettbewerbsbeschränkungen statt in das Gesellschaftsrecht?	44
cc. Keine Gleichsetzung mit Zweckgesellschaften	45
(1) Keine Gleichsetzung wirtschaftlicher Abhängigkeit mit der wirtschaftlichen Betrachtungsweise im Rahmen der Gruppenkonsolidierung	46
(2) Unwahrscheinlichkeit von Rückwirkungen auf den gesellschaftsrechtlichen Beherrschungs- bzw. Kontrollbegriff	47
dd. Fazit	49
f. Sonderfall: verbundene Gesellschaften, Art. 2359 Abs. 3 cod. civ.	49
2. Bilanz- und kapitalmarktrechtliche Erweiterungen des gesellschaftsrechtlichen Grundtatbestandes von <i>controllo</i>	50
a. <i>Imprese controllate</i> im Sinne des Bilanzgesetzesdekretes n. 127/199	51
aa. Der bilanzrechtliche Kontrolltatbestand im Einzelnen	51
bb. Annäherung an internationale Rechnungslegungsstandards	54
cc. Maßgebliche Unterschiede gegenüber dem gesellschaftsrechtlichen Kontrolltatbestand	55
b. <i>Controllo</i> im Sinne des Art. 93 TUF	56
aa. Der kapitalmarktrechtliche Kontrolltatbestand im Einzelnen	56
bb. Verhältnis zum bilanz- und zum gesellschaftsrechtlichen Kontrollbegriff	56

cc. Relevanz des kapitalmarktrechtlichen Kontrollbegriffes	58
dd. Bedeutung innerhalb der Zurechnung für kapitalmarktrechtliche Mitteilungspflichten	58
ee. Keine Relevanz im Zusammenhang mit dem Übernahmerecht	59
c. Zwischenfazit zu bilanz- und kapitalmarktrechtlichem Kontrollbegriff	60
3. Sonstige spezialgesetzliche Ansätze	62
a. <i>Controllo</i> im Sinne des TUB	62
aa. Der bankaufsichtsrechtliche Kontrolltatbestand im Einzelnen	62
bb. Regelungstechnik im Lichte der Bankenkoordinierungsrichtlinie und deren Umsetzung	63
cc. Relevanz des Kontrollbegriffes und die Tätigkeit von Leitung und Koordination im Rahmen des italienischen Bankaufsichtsrechts	64
b. Bestimmender Einfluss und Kontrolle im Sinne des Kartellgesetzes n. 287/1999	65
aa. Kartellrechtlicher Kontrolltatbestand und Regelungszusammenhang	65
bb. Inhaltlich anderer Ansatz als der des gesellschaftsrechtlichen Kontrolltatbestandes	66
c. Gruppenunternehmen und einheitliche Leitung im Sinne des Gesetzesdekretes über die außerordentliche Verwaltung großer Unternehmen n. 270/1999	68
aa. <i>Imprese di gruppo</i> – Gruppenunternehmen	68
bb. <i>Direzione unitaria</i> als Anknüpfungsmerkmal einer Haftungsregelung	69
cc. Der Tatbestand der einheitlichen Leitung im Rechtsvergleich	70
II. Zwischenfazit: Parallele zwischen italienischem Kontrollkonzept und deutschem Beherrschungsprinzip	71
1. Stimmenmehrheit als Ausgangspunkt des Control-Konzeptes	71
2. Beherrschender Einfluss als Synonym von <i>controllo</i>	72
3. Modifizierungen des italienischen Kontrollbegriffes	72
4. Das umgekehrt parallele Verhältnis von beherrschendem Einfluss und Abhängigkeit im deutschen Recht	74
5. Zwischenergebnis: beherrschender Einfluss als Charakteristikum des italienischen Kontrollkonzeptes und der Abhängigkeit im Sinne von § 17 AktG	75
III. Das Verhältnis der Begriffe zueinander	76
IV. Die tatsächliche Ausübung der Tätigkeit von Leitung und Koordination als Anknüpfungstatbestand für die Regelung der Gruppe im italienischen Recht	78
1. Art. 2497- <i>sexies</i> cod. civ.: <i>Presunzioni</i> – Vermutungen	80

## Inhaltsverzeichnis

2. Art. 2497-septies cod. civ.: Koordinierung zwischen Gesellschaften . . . . .	81
3. Regelungszusammenhang . . . . .	84
4. Zwischenergebnis <i>attività di direzione e coordinamento</i> . . . . .	85
V. Ergebnis: Elemente eines denkbaren Grundtatbestandes, Modifikationen und Aufbauatbestand . . . . .	86
1. Mittel der Einflussnahme: gesellschaftsrechtliche Grundlage . . . . .	87
a. Rein formell Einfluss vermittelnde Position . . . . .	88
aa. Beherrschungsvertrag . . . . .	88
bb. Mehrheit der Kapitalanteile . . . . .	89
cc. Stimmrechtsmehrheit . . . . .	90
dd. Bessere Eignung der Stimmrechtsmehrheit . . . . .	90
b. Modifikationen: Berücksichtigung tatsächlicher Gegebenheiten . . . . .	91
aa. Festlegung einer Schwelle? . . . . .	91
bb. Beherrschender Einfluss als Oberbegriff? . . . . .	92
cc. Kriterienkatalog . . . . .	93
(1) Bestellungsrechte . . . . .	93
(2) Stimmbindungsverträge . . . . .	94
(3) Zwischenergebnis . . . . .	94
2. Auswirkungen des Einflusses . . . . .	95
a. Einflusspotential – die bloß mögliche Ausübung von Einfluss . . . . .	95
b. Die tatsächliche Ausübung von Einfluss . . . . .	96
c. Zwischenergebnis: funktionale Differenzierung . . . . .	97
3. Kreis erfasster Rechtssubjekte . . . . .	97
 2. Kapitel – Regelungsaspekte in der bestehenden Gesellschaftsgruppe . . . . .	99
 § 4 Informationsregeln . . . . .	99
I. Begriffliche Unterscheidungen . . . . .	101
II. Selbst- und Präventivschutz durch Information . . . . .	102
III. Information im Außenverhältnis . . . . .	103
1. Registerpublizität . . . . .	103
a. Publizitätsvorgaben für die Einpersonenkapitalgesellschaft . . . . .	105
aa. Anforderungen an die Eintragung . . . . .	105
bb. Konstitutive Wirkung der Eintragung für das Haftungsprivileg . . . . .	106
b. Besondere Registerpublizität der Gruppenzugehörigkeit, Art. 2497-bis cod. civ. . . . .	107
aa. Eintragungspflicht der Gruppenzugehörigkeit als Publizitätsinstrument . . . . .	108
bb. Rechtsfolgen bei Nichteintragung der Gruppenzugehörigkeit . . . . .	109
cc. Problematik des Anknüpfungsmerkmals . . . . .	110

(1) Im Vergleich: Eintragungspflicht eines Unternehmensvertrages nach § 294 AktG . . . . .	110
(2) Bisherige Vorschläge für ein Konzern- bzw. Gruppenregister . . . . .	111
(3) Erste Zahlen aus der italienischen Eintragungspraxis . . . . .	111
(4) Reaktion der <i>Consob</i> für börsennotierte Gesellschaften . . . . .	112
dd. Kritische Bewertung der unternehmensregisterlichen Gruppenpublizität . . . . .	112
2. Korrespondenzpublizität . . . . .	113
3. Publizität im Zusammenhang mit der Rechnungslegung . . . . .	115
a. Erweiterung des Anhangs der Tochtergesellschaft, Art. 2497- <i>bis</i> Abs. 4 cod. civ. . . . .	116
b. Erweiterung des Lageberichtes der Tochtergesellschaft, Art. 2497- <i>bis</i> Abs. 5 cod. civ. . . . .	117
c. Lückenhaftigkeit der gruppenspezifischen Ergänzungen zur Rechnungslegung . . . . .	118
d. Zusammenfassung: gruppenspezifische Publizität im Zusammenhang mit der Rechnungslegung . . . . .	119
4. Beteiligungstransparenz . . . . .	121
a. Offenlegung der Beteiligungsverhältnisse in der nicht börsennotierten Aktiengesellschaft . . . . .	123
b. Kapitalmarktrechtliche Beteiligungstransparenz durch Mitteilungspflichten bei Erwerb von Anteilen . . . . .	124
aa. Mitteilungspflicht bei Erwerb einer Beteiligung an einer börsennotierten <i>s.p.a.</i> . . . . .	125
bb. Rechtsfolgen bei Verletzung der Mitteilungspflicht . . . . .	126
cc. Mitteilungspflicht bei Erwerb einer Beteiligung durch eine börsennotierte <i>s.p.a.</i> . . . . .	126
c. Offenlegung von Nebenabreden ( <i>patti parasociali</i> ) . . . . .	127
aa. Exkurs: Der Begriff der kapitalmarktorientierten <i>s.p.a.</i> . . . . .	129
bb. Offenzulegende Arten von Nebenabreden in der kapitalmarktorientierten <i>s.p.a.</i> . . . . .	131
cc. Exkurs: Höchstdauer von 5 Jahren für Nebenabreden . . . . .	131
dd. Offenlegungspflicht nach Art. 2341- <i>ter</i> cod. civ. für kapitalmarktorientierte <i>s.p.a.</i> . . . . .	132
ee. Erweiterte Offenlegungspflicht für Nebenabreden in der börsennotierten <i>s.p.a.</i> . . . . .	133
d. Zwischenergebnis: Beteiligungstransparenz in der italienischen <i>s.p.a.</i> . . . . .	135
5. Transparenz von Entscheidungen und Einflussnahme(potential) . . . . .	136
a. Begründungspflicht von Entscheidungen in der Tochtergesellschaft, Art. 2497- <i>ter</i> cod. civ. . . . .	136
aa. Gegenstand, Umfang und Adressaten der Begründungspflicht . . . . .	138

bb. Angaben im Lagebericht . . . . .	140
cc. Rechtsfolge bei Verletzung der Begründungspflicht . . .	141
dd. Verhältnis zum Abhängigkeitsbericht nach § 312 AktG . .	141
ee. Gesonderte Dokumentation gruppeninterner Beziehungen im europäischen Vergleich . . . . .	144
b. Zwischenergebnis: Entscheidungstransparenz in gruppenzugehörigen Gesellschaften . . . . .	145
c. Offenlegung von Interessenkonflikten der Mitglieder des Leitungsorganes, Art. 2391 cod. civ. . . . .	146
aa. Offenlegungspflicht des Mitgliedes im Interessenkonflikt . . . . .	146
bb. Begründungspflicht des Gesamtorganes . . . . .	148
cc. Unmittelbare Rechtsfolgen bei Nichtbeachtung der Mitteilungs- und Begründungspflicht und sonstige Rechtsbehelfe gegen einen interessengeleiteten Beschluss . . .	150
d. Bedeutung im Gruppenzusammenhang sowie Verhältnis zu Art. 2497-ter cod. civ. . . . .	151
e. Offenlegung von Regeln über den Umgang mit related party transactions, Art. 2391-bis cod. civ. . . . .	152
aa. Die Regelung des Art. 2391-bis cod. civ. im Überblick . .	153
(1) Definition von related parties nach der Verordnung der Consob . . . . .	155
(2) Kriterien über den Umgang nach der Verordnung der Consob im Überblick . . . . .	155
bb. Überwachung der Einhaltung und fehlende gesetzliche Sanktionen . . . . .	157
cc. Zusammenhang mit den übrigen Regelungen über die Transparenz von Entscheidungen und Einflussnahme- (potential) . . . . .	158
dd. Die Regelung des Art. 2391-bis cod. civ. im europäischen Kontext . . . . .	159
IV. Ausgewählte gruppenrelevante Informationsflüsse . . . . .	159
1. Organschaftliche Informationsrechte und -pflichten in der s.p.a. .	160
a. (Gruppendimensionale) Berichtspflicht des Leitungsorganes .	161
b. Exkurs: Stellung des <i>collegio sindacale</i> im Organisationsgefüge der s.p.a. und besondere Anforderungen an dessen Mitglieder .	162
aa. Berufliche Anforderungen . . . . .	164
bb. Abschlussprüfung durch das <i>collegio sindacale</i> . . . . .	166
c. Teilhabe des Kontrollorganes am allgemein gesellschafts-internen Informationsfluss . . . . .	168
d. Gruppenbezogene Ausgestaltung der Untersuchungskompetenzen des Kontrollorganes . . . . .	170
e. Berichtspflicht des Kontrollorganes gegenüber der Aktionärsversammlung . . . . .	171
2. Individuelle Informationsrechte der Aktionäre . . . . .	172

a. Einsichtnahmerecht in die Bücher der Gesellschaft . . . . .	172
b. Informationsrechte im Zusammenhang mit der Aktionärs- versammlung . . . . .	173
c. Anzeigerecht gegenüber dem Kontrollorgan . . . . .	175
3. Informationsflüsse in der <i>s.r.l.</i> . . . . .	176
4. Zwischenergebnis: organschaftliche und individuelle Informa- tionsrechte . . . . .	177
5. Sonderprüfung . . . . .	179
a. Voraussetzungen . . . . .	180
b. Gegenstand der Sonderprüfung: schwere Unregelmäßig- keiten der Mitglieder des Leitungsorganes . . . . .	180
c. Schaden . . . . .	181
d. Begründeter Verdacht . . . . .	182
e. Antragsbefugnis und Kostenverteilung . . . . .	182
aa. Aktionäre . . . . .	182
bb. Sonstige Antragsbefugte . . . . .	183
f. Die Sonderprüfung im Gruppenkontext . . . . .	184
g. Durchführung und Verfahren . . . . .	185
h. Stellung der Sonderprüfung im innerverbandlichen Infor- mations- und Kontrollsystem des italienischen Rechts unter Berücksichtigung der Vorschläge auf europäischer Ebene . . . . .	187
V. Zusammenfassung § 4 . . . . .	189
<b>§ 5 Ordnungsgemäße Gruppengeschäftsführung . . . . .</b>	<b>191</b>
I. Allgemeiner Ansatz des Kapitalgesellschaftsrechts . . . . .	191
II. Auswirkungen der Gruppenzugehörigkeit . . . . .	192
III. Aspekte einer ordnungsgemäßen Gruppengeschäftsführung . . . .	192
IV. Vorhandene Regelungsansätze im Überblick . . . . .	193
V. Der italienische Ansatz einer ordnungsgemäßen Gruppen- geschäftsführung . . . . .	195
1. Art. 2497 cod. civ. als zentrale Regelung . . . . .	195
2. Regelungsadressat: maßgebliche Anknüpfung im Hinblick auf die Art der Gruppenbeziehung . . . . .	196
3. Kriterien für eine zulässige Einflussnahme und ihre Grenzen . .	197
a. Verhaltensweisen zum Nachteil der Tochtergesellschaft . . .	198
aa. Handeln in einem eigenen oder fremden unternehme- rischen Interesse . . . . .	198
bb. Verletzung der Prinzipien ordnungsgemäßer Gesell- schafts- und Unternehmensführung . . . . .	199
b. Folge der Einflussnahme auf die Tochtergesellschaft . . . .	202
aa. Einbußen in der Ertragskraft und im Wert der Beteili- gung für den Gesellschafter . . . . .	203
(1) Begriff der Ertragskraft . . . . .	203
(2) Begriff des Wertes der Beteiligung . . . . .	204

bb. Problem: lediglich mittelbarer Schaden des Gesellschafters . . . . .	204
(1) Allgemeine Systematik des italienischen Aktienrechts im Hinblick auf die Geltendmachung von Schäden der Gesellschaft . . . . .	205
(2) Kritik am Widerspruch des Art. 2497 zur allgemeinen Systematik der aktienrechtlichen Haftungstatbestände . . . . .	206
cc. Schaden in der Unversehrtheit des Gesellschaftsvermögens zu Lasten der Gläubiger . . . . .	207
dd. Zusammenfassung: Pflichtwidrige Einflussnahme auf die Tochtergesellschaft . . . . .	207
c. Gesamtbetrachtung gegenüber Einzelausgleich: Haftungsausschluss bei Vorteilsausgleich . . . . .	208
aa. Theorie der kompensierenden Vorteile . . . . .	208
bb. Streit um eine enge oder weite Sichtweise im Hinblick auf die kompensationsfähigen Vorteile . . . . .	209
cc. Exkurs: Strafrechtliche Haftung für Vermögensuntreue, Art. 2634 cod. civ. . . . .	209
dd. Wohl maßgeblich: tatsächlicher Nachteilsausgleich . . . . .	210
ee. Einzelausgleich des deutschen Rechts . . . . .	211
d. Zusammenfassung: Grenzen einer zulässigen Einflussnahme . . . . .	212
4. Rechtsfolgen bei Verletzung . . . . .	212
a. Grundsatz der Außenhaftung . . . . .	212
b. Ausnahme: Subsidiarität der Inanspruchnahme der Obergesellschaft, Art. 2497 Abs. 3 cod. civ. . . . .	213
c. Geltendmachung . . . . .	215
d. Gesamtschuldnerische Mithaftung . . . . .	216
e. Rechtsnatur der Haftung . . . . .	218
5. Exkurs: Verhältnis zu anderen Haftungstatbeständen . . . . .	220
6. Zusammenfassende Betrachtung . . . . .	222
a. Kritische Bewertung des italienischen Ansatzes . . . . .	222
b. Maßgebliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede . . . . .	223
c. Praktische Bedeutung(slosigkeit)? . . . . .	224
VI. Einbettung in das italienische Gesellschaftsrecht: ausgewählte flankierende Instrumente . . . . .	224
1. Beschränkung personeller Verflechtungen . . . . .	225
a. Gründe für personelle Verflechtungen in der Gesellschaftsgruppe . . . . .	226
b. Konfliktpotential personeller Verflechtungen . . . . .	227
c. Zahlenmäßige Begrenzung der Ämterhäufung . . . . .	228
d. Beschränkungen personeller Verflechtungen im italienischen Recht . . . . .	229
aa. Inkompatibilität von Leitungs- und Kontrollfunktion . . . . .	229



bb. Ausdehnung der Inkompatibilität auf nicht organschaftliche Rechtsbeziehungen . . . . .	232
cc. Inkompatibilität im Hinblick auf Beratungsleistungen durch Mitglieder des Kontrollorganes . . . . .	233
dd. Inkompatibilität im Hinblick auf die Funktion des Abschlussprüfers . . . . .	234
ee. Unabhängigkeitsanforderung im Hinblick auf die Überwachung der Abschlussprüfung . . . . .	235
e. Zwischenergebnis: Die Regelung personeller Verflechtungen im italienischen Recht . . . . .	236
2. Beschränkung wechselseitiger Beteiligungen . . . . .	238
a. Konfliktpotential wechselseitiger Beteiligungen . . . . .	238
b. Eingeschränkte Zulässigkeit wechselseitiger Beteiligungen bei Vorliegen einer Kontrollbeziehung . . . . .	239
c. Wechselseitige Beteiligungen unter Beteiligung einer börsennotierten <i>s.p.a.</i> . . . . .	240
d. Die Regelung wechselseitiger Beteiligungen im europäischen Vergleich . . . . .	241
3. Gruppeninterne Finanzierungen, 2497- <i>quinquies</i> cod. civ. . . . .	241
a. Erfasste Finanzierungen . . . . .	242
b. Rechtsfolgen: Nachrang und Erstattungspflicht . . . . .	244
c. Zweck der Regelung . . . . .	244
d. Bedeutung im Gruppenzusammenhang . . . . .	246
4. Zusammenfassung: Flankierende Instrumente . . . . .	247
VII. Der italienische Ansatz im Verhältnis zum Rozenblum-Konzept sowie den auf dessen Grundlage ergangenen Vorschlägen auf europäischer Ebene . . . . .	248
1. Der Rozenblum Ansatz sowie die auf seiner Grundlage ergangenen Vorschläge auf europäischer Ebene . . . . .	248
a. Tatbestandsmerkmale des Rozenblum-Ansatzes im Einzelnen . . . . .	250
b. Rechtsfolgen des Rozenblum-Ansatzes . . . . .	250
2. Argumente für die Rezeption des Rozenblum-Konzeptes auf Europäischer Ebene . . . . .	251
3. Kritik am Rozenblum-Konzept sowie an den auf ihm basierenden Vorschlägen . . . . .	252
4. Ergebnis: Verhältnis des Rozenblum-Ansatzes zum italienischen Konzept ordnungsgemäßer Gruppengeschäftsführung . . . . .	254
VIII. Ergebnis § 5 . . . . .	255

<b>3. Kapitel – Regelungsfragen im Zusammenhang mit dem Entstehen einer Gruppenbeziehung</b>	<b>257</b>
<b>§ 6 Regelungsfragen bei Entstehen einer Gruppenbeziehung</b>	<b>257</b>
I. Der Gruppenbildung zugrunde liegende Problematik auf der Ebene der Tochtergesellschaft	258
II. Lösungsansätze	259
1. Gesonderte Behandlung börsennotierter Aktiengesellschaften	259
2. Unterschiedliche Rechtslage in nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften	260
3. Vorschläge auf europäischer Ebene	261
III. Kapitalmarktrechtliches Pflichtangebot	262
IV. Das Austrittsrecht bei Entstehen einer Gruppenbeziehung, Art. 2497- <i>quater</i> Abs. 1 c) cod. civ.	264
1. Das Austrittsrecht als Regelungsinstrument in nicht börsennotierten Gesellschaften	265
2. Wertberechnung der Abfindung	266
3. Modalitäten bei Ausübung des Austrittsrechts	267
4. Zusammenfassende Betrachtung der italienischen Konzeption des Austrittsrechtes	268
V. Privatautonome Gestaltungsmöglichkeiten	272
1. Beschränkungen der Übertragbarkeit	273
a. Beschränkungen der Übertragbarkeit in der Aktiengesellschaft	274
b. Beschränkungen der Übertragbarkeit in der Gesellschaft mit beschränkter Haftung	276
c. An- oder Vorkaufsrechte	278
d. Zwischenergebnis	278
2. Stimmrechtsregelungen	279
a. Aktiengesellschaft	279
b. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	281
c. Zwischenergebnis	282
3. Austrittsrecht	282
4. Zusammenfassung privatautonome Gestaltungsinstrumente	282
VI. Zusammenfassung § 6	283
<b>4. Kapitel: Zusammenfassung und Schlussfolgerungen für eine europäische Regelung</b>	<b>287</b>
<b>§ 7 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse</b>	<b>287</b>
I. Begriffliche Erfassung der Gruppe	287
II. Information als Regelungsansatz im italienischen Recht	288
1. Die Gruppe und die in ihr vorhandenen Rechtsbeziehungen betreffende Informationsregeln	288

2. Die Bedeutung des Lageberichtes als Informationsquelle . . .	291
3. Schwach ausgeprägte gruppeninterne Informationsflüsse . . .	292
4. Sonderprüfung . . . . .	293
5. Fazit: kein Informationsmodell hinsichtlich der Gruppe im italienischen Recht . . . . .	293
III. Parallele Funktion von Abhängigkeitsbericht und Begründungs- pflicht gruppenbeeinflusster Entscheidungen im italienischen Recht . . . . .	294
IV. Ordnungsgemäße Gruppengeschäftsführung . . . . .	295
V. Austrittsrecht bei Entstehen einer Gruppenbeziehung . . . . .	297
<b>§ 8 Schlussbetrachtung im Hinblick auf eine Europäische Regelung von Gesellschaftsgruppen . . . . .</b>	<b>298</b>
I. Relevanz der Entscheidung über einen Anknüpfungstatbestand .	298
II. Information als Regelungsansatz für die Gruppe . . . . .	298
III. Gesonderte Offenlegung von Gruppenbeziehungen . . . . .	299
IV. Sonderprüfung . . . . .	300
V. Ordnungsgemäße Gruppengeschäftsführung . . . . .	300
VI. Austrittsrecht bei Entstehen einer Gruppenbeziehung . . . . .	300
<b>Anhang: Gesetzesauszüge in deutscher Übersetzung . . . . .</b>	<b>303</b>
I. Codice civile . . . . .	303
II. Bilanzgesetzesdekret n. 127/1991 . . . . .	312
III. Testo Unico di Intermediazione Finanziaria (TUF) . . . . .	312
IV. Testo Unico di Intermediazione Bancaria (TUB) . . . . .	313
V. Kartellgesetz n. 287/1990 . . . . .	315
VI. Gesetzesdekret über die außerordentliche Verwaltung großer Unternehmen n. 270/1999 . . . . .	315
Literaturverzeichnis . . . . .	317
Stichwortverzeichnis . . . . .	337